

# Christen stören islamischen Religionsfrieden



Die erste große Podiumsdiskussion des neu gegründeten Rates der Religionen in Frankfurt verlief wohl etwas anders als ursprünglich von den Veranstaltern geplant. Die auf dem Podium agierenden Diskutanten waren vorgestellt und wollten gerade mit dem thematischen Teil beginnen, als etwa zehn koptische Christen sich von ihren Plätzen erhoben und Transparente mit grausamen Bildern der Opfer des Attentates auf einen Weihnachtsgottesdienst am 6. Januar 2010 in der oberägyptischen Stadt Nag Hammadi ausrollten.

*(Bericht eines Teilnehmers zur ersten Podiumsdiskussion des Rates der Religionen in Frankfurt)*

Darauf zu lesen waren Appelle wie „Rettet die Christen in Ägypten“, „Stoppt die islamischen Fanatiker“, „Gewalt gegen Christen: heute in Ägypten – morgen in Deutschland?“. Ein Sprecher der Gruppe bat um 5 Minuten Redezeit für die Verlesung einer Erklärung zur dramatischen Situation der verfolgten Christen in Ägypten.

Dieser Bitte wurde jedoch – trotz Protesten aus Reihen der Zuhörerschaft – von Seiten des Vorsitzenden des Rates, Herrn Athenagoras Ziliaskopoulos (Bischöflicher Vikar der Griechisch-Orthodoxen Kirche) unter Verweis, dies jedoch gerne im Rahmen der offenen Diskussion nach Abschluss des Podiums tun zu dürfen, nicht stattgegeben.

Anstatt sich mit den in Ägypten leidenden Christen solidarisch zu zeigen und diesen die Gelegenheit zu gewähren, sich vor Repräsentanten aus Politik, Religionsgemeinschaften, Medien und der Gesellschaft mit ihrem dringenden Anliegen Gehör zu verschaffen, bügelte er die Kopten unter Anrufung des Namens Gottes (!) ab und gab dem geplanten Verlauf der Veranstaltung den Vorrang. Wenn Glaube stört – die erste Nagelprobe zum Thema hat der Rat der Religionen in Frankfurt nicht bestanden und es vorgezogen, sich nicht stören zu lassen.

Ein zunächst sichtlich irritierter und nach Fassung ringender Klaus Hofmeister vom Hessischen Rundfunk übernahm die Moderation des Podiums und eröffnete, indem er Hessens Justiz- und Integrationsminister Jörg-Uwe Hahn Gelegenheit für ein längeres Statement zum aktuellen Stand seiner Integrationsbemühungen gab.

Erwähnenswert dessen Äußerungen zur geplanten Einführung des Islamunterrichtes an Hessischen Schulen, in denen er auf den vermeintlichen Widerspruch zwischen Trennung von Kirche und Staat einerseits und dem Verfassungsauftrag der Kirchen für einen staatlich geregelten Religionsunterricht andererseits einging.

Seine These: diese Regelung resultiere aus der Auffassung, dass ja Religion im Allgemeinen für unser Gemeinwesen förderlich sei. Und da man lange genug die christlichen und jüdischen Gemeinschaften privilegiert habe, müsse man die Ausübung dieses Auftrages nun auch endlich dem Islam gewähren. Leider mangelte es dem hessischen Justizminister hier an der Einsicht, dass unsere Verfassungsväter sicherlich nicht im Traum daran gedacht hatten, dass eine selbst mit den grundlegenden Menschenrechten nicht kompatible Politreligion wie der Islam einmal in unserem Land an Einfluss gewinnen könnte. Auch dass in der Präambel zum Grundgesetz zweifelsfrei auf den Gott der Bibel Bezug genommen wird, ließ er wohlweislich außer acht, ebenso dass sich die im BGB verankerten Werte eindeutig aus den jüdisch-christlichen

Wurzeln ableiteten.

Im Anschluss an viele Worthülsen und ein bisschen Zeigefinger in Richtung der Türkei, dass kein Staat dieser Welt Einfluss auf die bildungspolitischen Entscheidungen hierzulande ausüben dürfe, kamen drei auf dem Podium vertretene Repräsentanten des Judentums, der Sikh-Religion sowie dem Islam zu Wort, um davon zu berichten, wie sie religiöse Diskriminierung im Alltag erleben.

Am authentischsten wirkte dabei Esther Ellrodt-Freimann, die jahrzehntelang unter Polizeischutz im Kindergarten der Jüdischen Gemeinde Frankfurt arbeitete. Sie berichtete von ihren Erfahrungen dort wie auch aus dem Privatleben ihrer Familie. Die Gelegenheit, Stellung zum neuen Antisemitismus in Europa und seinen Quellen zu beziehen, ließ sie jedoch aus. Oder einmal zu konstatieren, dass es nicht 10.000 deutsche Neonazis waren, die vor ziemlich genau einem Jahr antiisraelische und judenfeindliche Parolen grölend durch Düsseldorf zogen. Was die Polizei bekanntermaßen dazu veranlasste, mit Gewalt eine israelische Fahne von einem Gebäude zu entfernen anstatt dem Mob Einhalt zu gebieten.

Während der Beitrag des Ethnologen Kushwanth Singh humorvoll und ohne viel Selbstmitleid vorgetragen mitunter Heiterkeit im Saal auslöste; war der Bericht der Vorzeige-Muslima von Herrn Kaymakci, Naime Cakir so herzerreißend, dass einige – taqiyya-unerfahrene – Zuhörer mit den Tränen kämpfen mussten.

Sie trage kein Kopftuch mehr, weil sie der Opferrolle entfliehen wollte. Aha, so ist das also: in unserer Gesellschaft wird Frau zum Opfer, wenn sie ein Kopftuch trägt. Dass es in nicht gerade wenigen islamischen Ländern Usus ist, Frauen ohne Kopftuch die Kehle zu durchschneiden, übersah Frau Cakir geflissentlich.

Stattdessen führte sie weiter intime Details aus ihrem Privatleben aus: Von ihrem Mann, der sie religiösen Regeln

unterwerfen wollte, habe sie sich deshalb scheiden lassen. Dass sie froh sein kann, diesen Schritt überlebt zu haben und nicht ehrenhalber dahingemordet worden zu sein, erwähnte sie natürlich nicht. Und dass erst vor wenigen Tagen eine Frau in Schlüchtern in vergleichbarer Situation deutlich weniger Glück hatte schien auch im Publikum die wenigsten zu kümmern.

Zur Gleichberechtigung von Mann und Frau im Islam merkte Frau Cakir dann noch an, dass der Koran im öffentlichen Diskurs immer einseitig zitiert würde, sprich die für die Frauen nachteiligen Suren. Allerdings wollte beziehungsweise konnte sie ihre Auffassung, im Islam sei die Gleichberechtigung der Geschlechter sehr wohl gegeben, nicht mit der Angabe einer Sure belegen.

Eine nicht ganz uninteressante Frage warf Naime Cakir noch in den Raum, leider jedoch nur rhetorisch: „Inwieweit kann sich der Islam in einem Rechtsstaat etablieren?“ Die passende Antwort durfte sich also jeder Zuhörer selbst geben.

Dann kam noch einmal der hessische Justizminister zum Zuge. Zuerst äußerte er, dass „der Staat sich nicht in die inneren Angelegenheiten einer Religion einmischen darf“. Warum der Staat genau dies jedoch im Falle von „Scientology“ und anderen Religionsgemeinschaften mit verfassungsfeindlichem Hintergrund tut? Das hat Herr Hahn wohl noch nicht ganz zu Ende gedacht – oder verfügt der Islam alleine aufgrund des Status als „Weltreligion“ über einen Freibrief?

Auf das angestrebte Burkaverbot in Frankreich angesprochen und ob dies ein „Thema“ in Deutschland sei, erwiderte Herr Hahn allen Ernstes, er höre von dieser Frage gerade zum ersten Mal. Entweder war dies eine Schutzbehauptung, um sich nicht zum Thema äußern zu müssen. Oder aber der hessische Justizminister hat ein Informationsdefizit, da die entsprechenden Meldungen es selbst in den Mainstream-Medien relativ weit nach vorne in die Schlagzeilen schafften.

Nach dem Einwurf des Moderators, dies betreffe zur Zeit ohnehin maximal 200 Frauen in Deutschland, schob Herr Hahn schnell nach, dass er darin auch „eigentlich gar kein Problem“ sehen könne. Einmal ganz abgesehen davon, dass es vollkommen egal ist, wie viele oder wie wenige Frauen aktuell davon betroffen sind: Jede Frau, die in einer Burka eingesperrt ist, ist eine zuviel! Aber ganz so liberal ist Herr Hahn dann offensichtlich doch nicht, wie seine Parteizugehörigkeit vermuten lässt, sonst wäre ihm dieses Licht wohl von alleine aufgegangen.

Abschließend ließ sich Jörg-Uwe Hahn noch zu der Behauptung verleiten „Migranten können an der gesellschaftlichen Entwicklung nicht teilnehmen“ und damit müsse jetzt endlich Schluss sein. Denkt man an all die wunderbar integrierten und in unserer Gesellschaft hervorragend etablierten Italiener, Spanier, Griechen, Koreaner (oder woher sie auch alle kommen) wird schnell klar, was Herr Hahn nicht wahrhaben will: dass es eine Gruppe von Migranten gibt, die überhaupt kein Interesse daran haben, an unserer gesellschaftlichen Entwicklung teilzunehmen.

Diese von Herrn Hahn aufgestellte These versuchte rasch der Ethnologe Singh zu untermauern und führte eine europäische Studie ins Feld, die zu dem Ergebnis kam, dass die Identifikation von Migranten mit dem Nationalstaat in Deutschland am geringsten ausgeprägt sei, nur etwa elf Prozent könnten sich dort mit dem Staat beziehungsweise seinen Werten identifizieren. England dagegen läge hier mit einer Quote von über 70 Prozent als leuchtendes Beispiel an der Spitze in Europa.

Man muss Herrn Singh geradezu dankbar sein, dass er nicht vergaß, den Titel dieser Studie zu erwähnen: „Muslims in Europe“. Hätte er es nicht getan, wir könnten uns nicht erklären, wieso wir von unseren oben bereits angeführten Mitbürgern mit Migrationshintergrund immer wieder erzählt bekommen, wie stolz und dankbar sie darüber sind, hier in

Deutschland leben zu dürfen.

Hingegen vergaß Herr Singh zu erläutern, weshalb Muslime sich auf der Insel so pudelwohl fühlen: Die Scharia ist bereits parallel zur rechtsstaatlichen Gerichtsbarkeit eingeführt, christliche Symbole sind weitestgehend aus der Öffentlichkeit verbannt, Christen verlieren ihren Job weil sie ein Kreuz tragen oder als Krankenschwester mit einem Patienten beten. Christliche Kirchengemeinden werden auf dem Rechtsweg aus deren Räumen herausgeklagt, weil die muslimischen Nachbarn sie als Zumutung empfinden.

Der Vollständigkeit halber sei noch der ebenfalls auf dem Podium vertretene und in der Einladung als Professor für Bürgerliches Recht angekündigte Matthias Rohe erwähnt. Zu Veranstaltungsbeginn wurde bei seiner Vorstellung erst einmal präzisiert, mit welchem Recht der Herr Professor sich am allerliebsten beschäftigt: dem islamischen! Ein herausragender Kenner der Scharia, der dies in einer 600 Seiten fassenden wissenschaftlichen Publikation zum Thema eindrucksvoll unter Beweis gestellt habe, so die Laudatio. Dass dieses Werk nicht das Papier wert ist, auf dem es gedruckt ist, wurde relativ schnell klar, als Professor Rohe sich mit einem Plädoyer über die Vorzüge der Scharia als deren glühender Verfechter entpuppte. Er war auch beflissen zu betonen, dass der Islam den Gläubigen zur Gesetzestreue anhalte – konnte dann jedoch nicht schlüssig darlegen, warum im Verhältnis zum Anteil an der Bevölkerung überproportional viele Muslime in deutschen Gefängnissen einsitzen. Ach so, Kriminalität hat ja nichts mit der Religion zu tun. Oder ist mit der Gesetzestreue etwa das Gesetz Allahs gemeint und doch nicht jenes des Rechtsstaates, in dem wir leben?

Auch Herr Rohe konnte Ergebnisse einer Studie zitieren, deren Titel er allerdings nicht erwähnte. Die von ihm angeführten Ergebnisse waren das einzig positive Highlight dieser Podiumsdiskussion: Auf die Frage, ob sie/er Angst vor dem muslimischen Nachbarn habe, antworteten lediglich vier Prozent

der Befragten mit „Ja“. Auf die Frage „Könnte der Islam negativen Einfluss auf unsere Gesellschaft haben?“ antworteten hingegen über 75 Prozent der Befragten mit „Ja“.

Es ist doch beruhigend zu erfahren, dass der deutsche Bürger nicht nur die Intelligenz, sondern auch die soziale Kompetenz besitzt, um das Phänomen Islam differenziert zu beurteilen. Von dem Moslem als Menschen droht zunächst keine Gefahr – die Gefahr geht von der Religion und der Ideologie aus, die dahinter steht!

Pünktlich wie angekündigt wurde dann um 21.30 Uhr die auf 30 Minuten begrenzte offene Fragerunde eröffnet, bei der man seitens der Diskussionsleitung geflissentlich die den koptischen Christen gemachte Zusage übersah, nun ihre Erklärung verlesen zu können. Stattdessen wurden flugs die ersten Wortmeldungen aufgerufen. Wiederholte Proteste und die Erinnerung aus dem Publikum daran, dass der Vorsitzende des Rates, Herr Athenagoras Ziliaskopoulos, sich Eingangs sogar auf den Namen Gottes berufen hatte, führten schließlich um 21.50 Uhr bei den Gastgebern zu der Einsicht, den Kopten diese Zusage nun doch noch gewähren zu müssen. Ein Sprecher der Gruppe verzichtete aufgrund der fortgeschrittenen Zeit und vermutlich auch aus gutem Gespür für die Situation darauf, die vorbereitete Erklärung jetzt noch zu verlesen und gab stattdessen in exzellentem Deutsch und freier Rede ein kurzes Statement zu der Situation der verfolgten Christen in Ägypten sowie den islamischen Ländern ab.

In jedem Fall erwähnt werden muss auch das mutige Auftreten einer Vertreterin der „Frankfurter Initiative progressiver Frauen“, im Rahmen der offenen Diskussion. Sie machte in ihrem Beitrag auf selbstsichere und souveräne Weise darauf aufmerksam, dass die Freiheit der Religionsausübung die durch den Rechtsstaat gesetzten Grenzen nicht überschreiten dürfe. Ebenso wenig könne die Religionsfreiheit als Deckmantel für der Demokratie zuwiderlaufende Zielsetzungen dienen. Dafür gab es kräftigen Beifall aus den Zuhörerreihen.

Diese und die anderen, dem Veranstaltungsablauf und –inhalt in der Mehrzahl kritisch gegenüber stehenden Wortmeldungen aus dem Publikum machten ebenso Mut wie die Tatsache, dass die koptischen Christen nach Beendigung der Veranstaltung noch Gelegenheit hatten, den Teilnehmern der Podiumsdiskussion sowie der anwesenden Presse ihre Erklärung und weiterführende Informationen zu überreichen. Auch die Besucher der Veranstaltung wurden mit dem Abdruck eines Interviews von „Kirche in Not“ mit dem koptischen Bischof in Deutschland bedacht, in dem dieser Klartext zur Lage der verfolgten Christen in Ägypten und anderen islamischen Ländern spricht.

Kein Wunder also, dass man beim Verlassen des Hauses am Dom einen Vertreter des Rates der Religionen stöhnen hörte: „Das wird immer schlimmer ...“ Wahrscheinlich das einzige Statement von Seiten des Veranstalters an diesem Abend, dem vollumfänglich zugestimmt werden kann!

» Einziger Zeitungsbericht zu der koptischen „Störung“ der Veranstaltung: Protest im Rat der Religionen